

# Internationales Baurecht

## Akademische Monographie



Autor: Dmitry Semenovich Belkin  
(ORCID: <https://orcid.org/0009-0003-1532-1958>)

Associate Professor (Dozent) für Internationales Recht, Slawisch-Griechisch-Lateinische Akademie, Moskau, Russische Föderation. E-Mail: dmitryb81@gmail.com

DOI: 10.64457/icl.de.ch24

### ***Rechtsdogmatische Verknüpfung von Humanitärem Völkerrecht und internationalem Bauvertragsrecht beim Wiederaufbau ziviler Unterkunft***

Empfohlene Zitierweise: Dmitry Semenovich Belkin: Rechtsdogmatische Verknüpfung von Humanitärem Völkerrecht und internationalem Bauvertragsrecht beim Wiederaufbau ziviler Unterkunft. In: Internationales Baurecht. Moskau: Slawisch-Griechisch-Lateinische Akademie, 2025. DOI: 10.64457/icl.de.ch24.

*Das Kapitel verknüpft humanitäres Völkerrecht (HVR) und internationales Bauvertragsrecht (ICCL), um den Schutz von Kriegsopfern durch Notunterkünfte zu sichern.*

Konventionelle und gewohnheitsrechtliche HVR-Quellen – insbesondere die Genfer Konventionen und der IKRK-Katalog von 161 Regeln – werden mit FIDIC-Standardverträgen verglichen.

Fallstudien zu UN- und UNHCR-Programmen sowie der schwimmenden Pier von Gaza (2024) verdeutlichen, wie FIDIC-Klauseln zu Höherer Gewalt, Streitbeilegung und adaptiver Terminplanung Projekte unter Extrembedingungen sichern.

Die Analyse betont Pflichten von Staaten, bewaffneten Gruppen und privaten Auftragnehmern sowie den Bedarf an koordinierten, regelbasierten Wiederaufbaustrategien.

Das Kapitel verknüpft humanitäres Völkerrecht (HVR) und internationales Bauvertragsrecht (ICCL), um den Schutz von Kriegsopfern durch Notunterkünfte zu sichern.

*Konventionelle und gewohnheitsrechtliche HVR-Quellen – insbesondere die Genfer Konventionen und der IKRK-Katalog von 161 Regeln – werden mit FIDIC-Standardverträgen verglichen.*

Fallstudien zu UN- und UNHCR-Programmen sowie der schwimmenden Pier von Gaza (2024) verdeutlichen, wie FIDIC-Klauseln zu Höherer Gewalt, Streitbeilegung und adaptiver Terminplanung Projekte unter Extrembedingungen sichern.

Die Analyse betont Pflichten von Staaten, bewaffneten Gruppen und privaten Auftragnehmern sowie den Bedarf an koordinierten, regelbasierten Wiederaufbaustrategien.

Das internationale humanitäre Völkerrecht (IHL) ist ein zentrales Instrument zum Schutz von Kriegsopfern, einschließlich der Zivilbevölkerung. In bewaffneten Konflikten befinden sich diese Menschen oft in Situationen, in denen ihre Wohnhäuser zerstört werden und sie gezwungen sind, einen neuen Aufenthaltsort zu suchen. Die Einhaltung der Normen des humanitären Völkerrechts wird besonders wichtig, wenn es darum geht, denjenigen, die unter den Folgen von Kriegshandlungen leiden, sicheren Schutz zu garantieren. Moderne Konflikte erfordern jedoch nicht nur die Bereitstellung humanitärer Hilfe, sondern auch die Schaffung eines klaren rechtlichen Rahmens für die schnelle Organisation des Baus temporärer oder permanenter Unterkünfte für Flüchtlinge. In diesem Zusammenhang spielt

das internationale Bauvertragsrecht (ICCL) eine wichtige Rolle, da es die rechtlichen und organisatorischen Aspekte von Bauprojekten regeln kann, die dem Wiederaufbau zerstörter Wohnhäuser und dem Schaffen neuer Wohnanlagen für Vertriebene dienen. Hervorzuheben sind die Standards der Internationalen Föderation der Beratenden Ingenieure (FIDIC) sowie die Baunormen verschiedener Länder, die die rechtliche Regulierung vielgestaltig machen und deren Anpassungsfähigkeit im Rahmen des Schutzes von Kriegsopfern und der Systematisierung ihres Rechts auf sicheres und angemessenes Wohnen erschweren.

Innerhalb des IHL unterscheidet man häufig zwischen zwei Schlüsselkomponenten – dem „Haager Recht“ und dem „Genfer Recht“. Das Haager Recht, wie es in den Haager Konventionen von 1899 und 1907 formuliert ist, regelt die Methoden der Kriegsführung und das Verhalten der Streitkräfte, während die Genfer Konventionen darauf abzielen, die von Kriegshandlungen Betroffenen zu schützen, einschließlich der Zivilbevölkerung und der Kriegsgefangenen. Die Verabschiedung der Zusatzprotokolle zu den Genfer Konventionen hat den Regulierungsbereich erweitert, der traditionell dem Haager Recht zugerechnet wird, was in der modernen Konfliktregulierungspraxis zur Verminderung der Bedeutung dieser Unterteilung geführt hat (Avakyan, 2022).

In modernen bewaffneten Konflikten wie den Militäroperationen in Syrien oder im Irak gehen die Probleme des Schutzes von Zivilbevölkerung und Flüchtlingen jedoch über das bloße Befolgen der IHL-Normen hinaus. Der Bedarf, rasch Wohnraum und Infrastruktur bereitzustellen, erfordert die Entwicklung umfassender Rechtsmechanismen, die sowohl Sicherheitsstandards berücksichtigen als auch die zügige Durchführung von Bauprojekten gewährleisten. In diesem Kontext spielt das ICCL eine Schlüsselrolle, indem es Mittel zur Ausarbeitung von Verträgen bereitstellt, die flexibel auf Notlagen reagieren können. Beispielsweise bieten die FIDIC-Standardverträge Mechanismen zur Streitbeilegung und Anpassung vertraglicher Verpflichtungen in Fällen höherer Gewalt, wie bewaffnete Konflikte oder Naturkatastrophen. Dies ermöglicht die Fertigstellung von Wohnbauprojekten selbst in Krisenzeiten, was für den Schutz von Flüchtlingen und Betroffenen von äußerster Bedeutung ist. Der Einsatz solcher flexibler Rechtsmechanismen trägt somit nicht nur zur Durchführung

von Bauprojekten bei, sondern verhindert auch juristische Konflikte, die durch Verzögerungen und Vertragsverletzungen in Krisensituationen entstehen (Goodwin-Gill et al., 2021).

Diese Untersuchung basiert auf einer Analyse der Normen des humanitären Völkerrechts und ihrer Anwendung im Kontext des ICCL. Der Schwerpunkt liegt auf den Genfer Konventionen, den von der FIDIC entwickelten Musterbauvertragsformularen und ihrer Integration in Prozesse zum Wiederaufbau zerstörter Wohnhäuser und zur Schaffung temporärer Unterkünfte für Flüchtlinge. Analysiert werden die rechtlichen Grundlagen der Regulierung von Bauprojekten in Konfliktzonen mit besonderem Augenmerk auf die Rechtspraxis und die Einhaltung internationaler sowie nationaler Sicherheitsstandards. Ein wesentlicher Teil der Arbeit ist realen Fallstudien humanitärer Operationen gewidmet, darunter solche unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen, um die Schlüsselfaktoren zu identifizieren, die den Schutz von Kriegsopfern im Zusammenhang mit Infrastrukturaufbau und -wiederherstellung sicherstellen. Auf dieser Basis sollen Ansätze zur Integration internationaler Verpflichtungen in konkrete Projekte zur Bereitstellung von Wohnraum und Infrastruktur für von bewaffneten Konflikten Betroffene entwickelt werden.

Das Gewohnheitsrecht (CIL) spielt eine Schlüsselrolle im rechtlichen Schutz von Kriegsopfern, besonders in Fällen, in denen einzelne Staaten wichtige internationale Verträge nicht ratifiziert haben. Dies ist insbesondere bei innerstaatlichen bewaffneten Konflikten relevant, in denen das Fehlen rechtlich verbindlicher Normen zu bedeutenden Lücken im Schutz der Rechte der Zivilbevölkerung führen kann. Der durch das CIL geschaffene Rechtsrahmen schließt diese Lücken aufgrund seiner Universalität. Staaten, internationale Organisationen oder andere völkerrechtlich anerkannte Akteure mit Rechtsfähigkeit können nicht nur am Gesetzgebungsprozess mitwirken, sondern sind auch die Hauptträger der durch diese Normen festgelegten Rechte und Pflichten. Sie spielen eine entscheidende Rolle bei der Schaffung rechtlicher Schutzmechanismen für Kriegsopfer, indem sie Standards implementieren, die einen dauerhaften Rechtsschutz auf internationaler Ebene gewährleisten (Kuzmin, 2022).

Trotz der Bedeutung des Gewohnheitsrechts als Schutzinstrument in bewaffneten Konflikten müssen seine Beschränkungen beachtet werden. Gewohnheitsrecht enthält im Gegensatz zum Vertragsrecht nicht immer klare, formalisierte Normen, die unmittelbar anwendbar sind. Dies erschwert die praktische Anwendung, da solche Normen meist abstrakter und weniger detailliert sind als vertragliche Verpflichtungen, was ihre Interpretation und Umsetzung in konkreten Fällen erschweren kann. Zudem erfordert das ungeschriebene Wesen des Gewohnheitsrechts häufig zusätzlichen Aufwand, um den genauen Inhalt der in einer bestimmten Situation anwendbaren Normen zu ermitteln. In diesem Zusammenhang ist die Arbeit des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) von besonderer Bedeutung: Es hat eine umfassende Studie durchgeführt, um die Gewohnheitsnormen des IHL zu kodifizieren. Als Ergebnis dieses Projekts wurden 161 Regeln ermittelt, die als Gewohnheitsrecht anerkannt sind und von Praktikern zum Schutz von Kriegsopfern und Betroffenen eingesetzt werden können (Gulyev, 2022). Dieses Projekt des IKRK stellt eine wertvolle Ressource für Juristen und Völkerrechtler im humanitären Bereich dar, da es zur Präzisierung und Systematisierung der in verschiedenen Konfliktkontexten anwendbaren Normen beiträgt und damit ihre praktische Anwendung erleichtert.

Die Quellen des humanitären Völkerrechts lassen sich in zwei Hauptkategorien einteilen, die jeweils erhebliche Bedeutung für die Durchführung von Bauprojekten in Konfliktzonen haben: konventionelle Quellen und außer-konventionelle Quellen. Konventionelle Quellen sind internationale Verträge wie die Genfer Konventionen, die die Grundlage für die Regulierung der Rechte und Pflichten der Konfliktparteien während bewaffneter Auseinandersetzungen bilden. Diese Abkommen schaffen detaillierte rechtliche Normen zum Schutz der Zivilbevölkerung, der Verwundeten, der Kranken, der Kriegsgefangenen und weiterer schutzbedürftiger Gruppen. Die Genfer Konventionen haben im Völkerrecht zentralen Rang, da sie Aspekte regeln, die mit der Wahrung von Rechten und Sicherheit in Kampfgebieten verbunden sind. Diese Normen bilden die rechtliche Basis für die Wiederherstellung zerstörter Infrastruktur, einschließlich der Bereitstellung temporärer Unterkünfte für Flüchtlinge, sofern solche Projekte den Anforderungen des IHL und den Sicherheitsbaunormen entsprechen.

Außer-konventionelle Quellen umfassen das Völker gewohnheitsrecht, allgemeine Rechtsgrundsätze und Resolutionen internationaler Organisationen, die die konventionellen Normen ergänzen. Obwohl diese Quellen rechtlich weniger formell bindend sind, zeigt sich ihre praktische Bedeutung besonders in Fällen, in denen internationale Verträge nicht anwendbar sind. Sie bieten eine zusätzliche Rechtsgrundlage für die Einhaltung von Sicherheitsstandards und den Schutz der Konfliktopfer, vor allem wenn Bauprojekte beschleunigt umgesetzt werden müssen und dabei sofortige Anwendung von IHL-Normen erfordern. Diese Quellen erweitern die Möglichkeiten des rechtlichen Schutzes, indem sie erlauben, Sicherheitsstandards an die Besonderheiten der Konfliktzonen anzupassen.

Staaten: Staaten sind die primären Akteure, die für die Einhaltung und Umsetzung der Bestimmungen des IHL in Konfliktgebieten verantwortlich sind, einschließlich jener Zonen, in denen Bauprojekte stattfinden. Zu ihren Pflichten gehört es, die Sicherheit der Bauprojekte zu gewährleisten, das Personal zu schützen, das am Wiederaufbau der Infrastruktur beteiligt ist, und die Rechte der Konfliktopfer zu respektieren. Dies ist besonders wichtig für den zügigen Aufbau humanitärer Einrichtungen in Krisensituationen.

Bewaffnete Nicht-Staatliche Gruppen: Bewaffnete Gruppen, die nicht staatlichen Strukturen unterstehen – wie Aufständische – sind ebenfalls verpflichtet, die IHL-Normen zu beachten, insbesondere solche zum Schutz der Zivilbevölkerung und ziviler Infrastruktur. In Konfliktgebieten, wo diese Gruppen operieren, sind Bauprojekte häufig bedroht. Die internationale Praxis verlangt zunehmend, diese Gruppen in Haftung zu nehmen, wenn ihre Aktivitäten Gefahren für humanitäre Bauprojekte verursachen.

Private Akteure: Private Personen und Unternehmen – etwa zivile Auftragnehmer und das Personal, das an Bauprojekten teilnimmt – müssen ebenfalls die IHL-Vorschriften befolgen, um die Rechte der Konfliktopfer zu schützen. Ihre Beteiligung an Bauvorhaben in Konfliktzonen erfordert die Einhaltung internationaler Sicherheitsstandards und die Beachtung aller IHL-Vorgaben, um Risiken zu minimieren und den Schutz der Beteiligten sicherzustellen.

In der modernen Völkerrechtsordnung hat sich die Bestimmung des zeitlichen Geltungsbereichs des humanitären Völkerrechts als komplex erwiesen, besonders in Situationen, in denen bewaffnete Konflikte von einem Modus in einen anderen übergehen. Wie L. A. Lazutin (Lazutin, 2022) erläutert, beeinflussen Prozesse der Internationalisierung und Internalisierung von Konflikten das rechtliche Regime und den Anwendungsbereich der geltenden Normen erheblich. Die Umwandlung eines nicht-internationalen bewaffneten Konflikts in einen internationalen führt zu einer Erweiterung der Garantien für Kombattanten und Zivilbevölkerung, was sich direkt auf die Organisation und rechtliche Regulierung des Wohnungsbaus für Flüchtlinge im Konfliktgebiet auswirkt. Daher ist das Verständnis der zeitlichen Aspekte des IHL für alle Beteiligten internationaler Bauprojekte in Konfliktzonen von großer Bedeutung. Unklarheiten über die anwendbaren Rechtsnormen können zu juristischen Kollisionen führen und die Hilfestellung für Kriegsopfer erschweren. Die Integration der Analyse der temporal begrenzten Anwendung des IHL in die ICCL-Praxis trägt dazu bei, die Effektivität humanitärer Operationen zu steigern und einen zusätzlichen Schutz der Rechte der Betroffenen sicherzustellen, indem sie die Dauer von Bauprojekten berücksichtigt.

Der Mensch ist das zentrale Subjekt des IHL und spielt in bewaffneten Konflikten eine Schlüsselrolle im Anwendungsprozess. Zu den verschiedenen Kategorien von Konfliktbeteiligten gehören Kombattanten, Verwundete und Kranke, Zivilisten, Mitarbeiter internationaler Organisationen, Ausländer, Flüchtlinge, Binnenvertriebene, Staatenlose, Doppelstaatler, Söldner, Spione usw. All diese Personen fallen unter den Schutz der IHL-Normen, was in modernen Konflikten besonders relevant ist, da diese oft die zivile Infrastruktur, einschließlich internationaler Bauprojekte, betreffen.

Trotz der zentralen Rolle, die dem Menschen im IHL zukommt, besitzt die natürliche Person keine volle völkerrechtliche Rechtspersönlichkeit. Zwar verfügt der Mensch über völkerrechtliche Rechts- und Deliktsfähigkeit, die ihm bestimmte Rechte und Pflichten auf internationaler Ebene verleiht (Avakyan, 2022), doch seine Fähigkeit zu handeln bleibt eingeschränkt. Diese Beschränkung der völkerrechtlichen Persönlichkeit führt zu zusätzlichen rechtlichen Komplikationen bei der Ausarbeitung internationaler Bauverträge. Es gilt, den Schutz der Leidtragenden von bewaffneten

Konflikten und die Interessen der an den Bauprojekten Beteiligten, die in solchen Situationen erheblichen Investitionsrisiken ausgesetzt sind, sorgfältig gegeneinander abzuwägen.

Das ICCL und die Rechtspraxis sehen sich daher vor die Notwendigkeit gestellt, die eingeschränkte Rechtsfähigkeit einzelner Konfliktbeteiligter zu berücksichtigen, indem sie nicht nur Staaten, sondern auch nichtstaatliche Akteure zur Verantwortung heranziehen, deren Handeln die Einhaltung der IHL-Normen beeinträchtigen könnte. Dies ist besonders wichtig, wenn Bauprojekte, die der Schaffung sicheren Wohnraums und dem Wiederaufbau von Infrastruktur dienen, unter den Bedingungen bewaffneter Konflikte realisiert werden.

In der internationalen Politik behält die humanitäre Agenda große Bedeutung. Trotz globaler Trends zur Verringerung der Gewaltbelastung, wie von Stephen Pinker (Pinker, 2021) herausgestellt, haben bewaffnete Konflikte weiterhin verheerende Auswirkungen auf die zivile Infrastruktur. Diese Konflikte bedrohen Bau- und Hilfsprojekte, die für den Wiederaufbau betroffener Regionen entscheidend sind. Hier spielen das humanitäre Völkerrecht und das ICCL eine besonders wichtige Rolle, da sie Rechtsmechanismen schaffen, um die Zivilbevölkerung und Infrastruktur auch in Krisenzeiten zu schützen.

Neben den sozialen Gefahren durch bewaffnete Konflikte sind Bauprojekte und humanitäre Einsätze erheblichen physischen Risiken durch Naturprozesse und geografische Faktoren ausgesetzt – wie Erdbeben, Überschwemmungen und biologische Gefahren (Epidemien, Pandemien). Die COVID-19-Pandemie hat eindrucksvoll gezeigt, wie biologische Bedrohungen die Durchführung von Bauprojekten und humanitären Operationen erschweren und die Risiken für alle Beteiligten erhöhen (Glaser & Novik, 2020).

Besondere Herausforderungen ergeben sich in Situationen, in denen physische Bedrohungen sich mit den sozialen durch Konflikte bedingten Gefahren überlagern. Beispielsweise kann es in aktiven Kampfgebieten erforderlich werden, dringend Spezialkrankenhäuser zur Bekämpfung einer Epidemie zu errichten, oder ein bewaffneter Konflikt kann in einem Gebiet

ausbrechen, das bereits einer biologischen Gefahr ausgesetzt ist. Solche kombinierten Krisenszenarien erfordern flexible und robuste Ansätze bei der Ausführung von Bauprojekten und Vertragsschlüssen, um rechtzeitig die notwendige Infrastruktur zum Schutz der Zivilbevölkerung und der Einsatzkräfte bereitzustellen.

Diese Umstände erfordern die Weiterentwicklung und Verbesserung der Instrumente der humanitären Diplomatie und der humanitären Hilfe, insbesondere im Kontext des ICCL. Die Einführung rechtlicher Schutzmechanismen für Konfliktopfer sowie die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Staaten und internationalen Organisationen spielen eine entscheidende Rolle, um die negativen Auswirkungen bewaffneter Auseinandersetzungen und Naturkatastrophen auf die Durchführung von Bauprojekten in Konflikt- und Nachkriegsszenarien zu minimieren.

Die Intensivierung humanitärer Aktivitäten in aktuellen bewaffneten Konflikten führt zu dem Bedarf nach vertiefter theoretischer Reflexion über die laufenden Prozesse. Diese Aufgabe wird jedoch durch zwei wesentliche Faktoren erschwert. Zum einen existiert trotz der weit verbreiteten humanitären Praxis und der Übernahme internationaler Verpflichtungen durch verschiedene staatliche und nichtstaatliche Akteure weiterhin kein einheitliches Verständnis grundlegender humanitärer Begriffe. So trat zum Beispiel der Begriff „humanitäre Diplomatie“ (HD) erst Anfang der 2000er Jahre in die wissenschaftliche Diskussion ein, im Zuge der Entstehung neuer Felder diplomatischen Handelns. Die Probleme bei der Einordnung und Analyse dieses Phänomens spiegeln sich in Studien wie der von D. M. Kovba (Kovba, 2020) wider. Zum anderen erschien die erste umfangreiche Monographie zur humanitären Diplomatie erst im Jahr 2007 (Caballero-Anthony, 2018), was den relativ jungen Charakter dieses Forschungsgebiets in den internationalen Beziehungen betont.

Darüber hinaus zeichnet sich das humanitäre Umfeld durch zunehmende Komplexität aus, was direkte Auswirkungen auf große internationale Bauprojekte hat, insbesondere auf sektorübergreifende Infrastrukturvorhaben, die das Gebiet mehrerer Staaten betreffen, vor dem Hintergrund anhaltender Konflikte im Nahen Osten und im postsowjetischen Raum. Anders als traditionelle Formen der Diplomatie sind

moderne humanitäre Initiativen nicht mehr allein auf bilaterale Interaktionen zwischen Staaten beschränkt. Zunehmend werden multilaterale Formate genutzt, die neben staatlichen auch nichtstaatliche Akteure einbeziehen; dies spiegelt den multifunktionalen und vernetzten Charakter der zeitgenössischen Diplomatie wider. Wie die Wissenschaftlerin Clark (Clark, 2018) hervorhebt, ist die heutige humanitäre Diplomatie „multifunktional“ und „vernetzt“, was ihre Flexibilität und Anpassungsfähigkeit unter verschiedenen Umständen betont. Medienvertreter, Wirtschaftsunternehmen und Privatpersonen werden ebenfalls immer häufiger in humanitäre Diplomatieprozesse eingebunden.

Eine bemerkenswerte Untersuchung aktueller Schutzprobleme unter humanitär-rechtlichen Aspekten bildet die Monographie von E. S. Gromoglasova, Humanitäre Diplomatie in den modernen internationalen Beziehungen: Erfahrung systematischer Forschung (Gromoglasova, 2018). Sie untersucht ausführlich Fragen der humanitären Sicherheit mit besonderem Fokus auf die Praktiken der Europäischen Union zum Schutz der Rechte der Zivilbevölkerung in Konfliktgebieten. Diese Praktiken dienen als Beispiele für die Integration humanitärer Mechanismen in das ICCL, indem sie juristische Instrumente zum Schutz der Interessen der Zivilbevölkerung und der Projektbeteiligten in Konfliktzonen schaffen.

Die humanitäre Zusammenarbeit zwischen den BRICS-Staaten stellt einen wichtigen Aspekt der internationalen Rechtskoordination in diesem Bereich dar. Insbesondere betont Paragraph 66 der Johannesburg-Erklärung des BRICS-Gipfels von 2018 die Bedeutung einer nachhaltigen Infrastrukturentwicklung und Integration in Nachkriegssituationen, unter anderem durch Programme wie die NEPAD-Initiative und das African Programme for Infrastructure Development (PIDA). Diese Unterstützung unterstreicht den Bedarf an Investitionen in Projekte, die eine stabile Erholung nach bewaffneten Konflikten ermöglichen und Infrastruktur bieten, um die Lebensbedingungen der Zivilbevölkerung zu verbessern. Die Integration humanitärer Normen in internationale Bauverträge wird damit zu einem Schlüssel für die Schaffung belastbarer Rechtsrahmen, die darauf abzielen, Kriegsopfer zu schützen und künftige humanitäre Katastrophen im Wiederaufbauprozess zu verhindern.

Im ICCL-Kontext bleibt das Zusammenwirken humanitärer Organisationen und der Akteure von Bauprojekten in Krisengebieten entscheidend. Organisationen wie Médecins Sans Frontières (Ärzte ohne Grenzen) spielen eine kritische Rolle bei der humanitären Versorgung der Opfer bewaffneter Konflikte, indem sie medizinische Hilfe und Unterstützung leisten, wenn die grundlegende Infrastruktur zerstört ist. Obwohl ihre Aktivitäten nicht direkt mit der Durchführung von Bauprojekten verbunden sind, schaffen sie einen wichtigen Kontext, indem sie zeigen, dass beim Wiederaufbau von Infrastruktur in Konfliktzonen humanitäre Standards und Anforderungen berücksichtigt werden müssen, um die Sicherheit und den Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen für die betroffene Bevölkerung zu gewährleisten. Die erfolgreiche Integration humanitärer Normen und Rechtsstandards in den Wiederaufbauprozess trägt dazu bei, humanitäre Risiken zu mindern und die Rechte der Konfliktopfer zu wahren, und wird so Teil eines umfassenden Ansatzes zum Wiederaufbau nach Konflikten.

Staaten wenden aktiv Instrumente der humanitären Diplomatie an, um die Rechte von Konfliktopfern zu schützen. Ein Beispiel ist die Errichtung eines temporären schwimmenden Piers vor der Küste des Gazastreifens, die 2024 abgeschlossen wurde und den Transport humanitärer Hilfe in eine vom Konflikt schwer getroffene Region ermöglichte. Das Projekt beschleunigte die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten und zeigte damit die Bedeutung der Integration internationaler humanitärer Normen in Infrastrukturprojekte unter extremen Bedingungen. Dies unterstreicht die Notwendigkeit der Kooperation zwischen Staaten, internationalen Organisationen und lokalen Akteuren bei der Umsetzung von Bauinitiativen zur Wiederherstellung und Unterstützung der betroffenen Regionen.

Die Erfahrungen des UN-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR) betonen die Wichtigkeit der strikten Einhaltung internationaler Baunormen beim Bau temporärer Unterkünfte für Kriegsopfer. Die Herangehensweise des UNHCR an die Bereitstellung von Notunterkünften, einschließlich speziell für Notfälle entwickelter Standards, demonstriert den engen Zusammenhang zwischen humanitärem Völkerrecht und Baurechtsverträgen.

In aktuellen Konflikten wie in Syrien und im Jemen erfordert die Versorgung von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen mit Notunterkünften die Lösung

komplexer juristischer, technischer und organisatorischer Fragen. Zentrale Aufgabe ist dabei die Einhaltung internationaler humanitärer Normen und Standards, wobei zugleich lokale Bauvorschriften, klimatische Bedingungen und kulturelle Besonderheiten berücksichtigt werden müssen. Dies schafft zusätzliche Schwierigkeiten und verkompliziert den Aufbau temporärer Unterkünfte. In solchen Situationen kann das ICCL Instrumente bereitstellen, um diese Herausforderungen zu meistern, wie Beispiele allgemeiner Ansätze zur Regulierung von Migration und deren Verknüpfung mit externen Kontrollmechanismen zeigen (Cantor et al., 2022). Cantors Untersuchung betrachtet die Externalisierungsprozesse im Bereich Migration und die rechtlichen Aspekte ihrer Steuerung, was erlaubt, einige dieser Ansätze auf den weiter gefassten Bereich des Völkerrechts und humanitärer Operationen zu übertragen.

Moderne Rechtsnormen über den Status und die Rechte von Flüchtlingen betonen die Notwendigkeit, dieser verletzlichen Gruppe Wohnraum bereitzustellen. Gemäß UN-Prinzipien und Empfehlungen des IKRK ist die Gewährung von individuellem Wohnraum für Konfliktopfer von großer Bedeutung, da sie zur Stärkung ihrer Sicherheit und psychischen Widerstandsfähigkeit beiträgt. Die Umsetzung dieser Standards bringt viele Herausforderungen mit sich, einschließlich der Notwendigkeit, lokale Bauvorschriften, klimatische Gegebenheiten und kulturelle Aspekte zu berücksichtigen. Dies erfordert eine flexible Anpassung internationaler Standards an die spezifischen Bedingungen der jeweiligen Region. Die standardisierten FIDIC-Vertragsformulare, die in internationalen Bauprojekten weit verbreitet sind, bieten wirksame Mechanismen zur Streitbeilegung und zum Management von Bauprozessen in Notsituationen, auch während bewaffneter Konflikte.

Klee (Klee, 2018) leistet einen bedeutenden Beitrag zur Forschung im ICCL. In seinem Werk International Construction Contract Law analysiert der Autor ausführlich die zentralen Prinzipien und Mechanismen, die in Bauprojekten unter Krisenbedingungen Anwendung finden. Klee hebt hervor, wie wichtig die Standardisierung von Vertragsbedingungen ist, etwa durch FIDIC-Regelungen, die eine flexible Anpassung der vertraglichen Verpflichtungen im Falle höherer Gewalt ermöglichen (Klee, 2018). Dies ist besonders relevant im Kontext eines raschen Krisenmanagements und des

Schutzes von Kriegsopfern. Eine wesentliche Eigenschaft der FIDIC-Verträge ist ihre Fähigkeit, eine schnelle Errichtung temporärer Unterkünfte wie Flüchtlingslager unter Einhaltung grundlegender Sicherheits- und Stabilitätsstandards sicherzustellen. Diese Mechanismen ermöglichen es, Bauprozesse an Notlagen anzupassen und umgehend auf die Bedürfnisse der Flüchtlinge zu reagieren. Trotz der in FIDIC-Verträgen verankerten Flexibilität stellt sich in der Praxis jedoch oft die Frage, wie in Krisenzeiten das Gleichgewicht zwischen Baugeschwindigkeit und Normkonformität gewahrt werden kann.

Ein Beispiel für eine erfolgreiche Anwendung der FIDIC-Standards sind Projekte in der Demokratischen Republik Kongo. Dort wurde trotz anhaltender Kampfhandlungen der Bau von Flüchtlingslagern realisiert, wobei grundlegende Sicherheits- und Stabilitätsstandards temporärer Bauten eingehalten wurden. Diese Erfahrungen unterstreichen die Bedeutung umfassender internationaler Vertragsstandards wie der FIDIC, um in Notsituationen das Recht auf Unterkunft zu gewährleisten (Dowd & McAdam, 2017). Häufig müssen provisorische Lösungen genutzt werden, etwa Zeltlager oder Fertiggebäude. UNHCR-Studien zeigen jedoch, dass solche Interimslösungen langfristig oft nicht ausreichen, insbesondere unter extremen Klimabedingungen. Temporäre Maßnahmen wie der Einsatz von Plastikplanen entsprechen häufig nicht den Nachhaltigkeitsanforderungen, was das Problem verschärft und den Einsatz höherwertiger, langlebiger Materialien erfordert, die an lokale Gegebenheiten angepasst sind. In diesen Situationen müssen zusätzlich Faktoren wie begrenzter Zugang zu Baumaterialien, schwierige Sicherheitsbedingungen für Arbeiter und Umweltauflagen berücksichtigt werden. Der Einsatz lokaler Baumaterialien und traditioneller Bauweisen kann nicht nur Kosten senken, sondern auch die Ausführung der Bauarbeiten beschleunigen, was in humanitären Krisen von entscheidender Bedeutung ist.

Das internationale Bauvertragsrecht, insbesondere die in der FIDIC entwickelten Standards und Verfahren, erweist sich als verlässliches Instrument zur Steuerung von Bauprojekten unter Krisenbedingungen. Diese Mechanismen können erfolgreich zum Bau temporärer sowie dauerhafter Unterkünfte für Kriegsopfer eingesetzt werden und sind damit entscheidend für die Bewältigung humanitärer Herausforderungen. Die effektive

Umsetzung solcher Projekte erfordert jedoch die Berücksichtigung der besonderen Gegebenheiten jeder Konfliktzone: die Verfügbarkeit von Ressourcen, klimatische und kulturelle Faktoren sowie die Einhaltung internationaler humanitärer Normen müssen beachtet werden. Die zentrale Aufgabe besteht darin, internationale Standards an lokale Bedingungen anzupassen, um Kosten zu minimieren und die Wohnungsbaugeschwindigkeit zu erhöhen, ohne die hohen Sicherheitsstandards zu vernachlässigen.

Globale Zusammenarbeit und die Verteilung von Verantwortung zwischen Staaten gewinnen in Krisen mit massiven Bevölkerungsbewegungen besondere Bedeutung. Wie Dowd und McAdam (Dowd & McAdam, 2017) hervorheben, bleibt trotz der zentralen Bedeutung staatlicher Verpflichtungen zum Schutz von Flüchtlingen das Fehlen eines systematischen, vorhersagbaren und gerechten Mechanismus zur Verteilung der Verantwortung ein ungelöstes Problem. Dies führt zu zusätzlichen Belastungen für Staaten, insbesondere in Phasen umfangreicher Fluchtbewegungen und Krisen. Die Studie von Dowd und McAdam (Dowd & McAdam, 2017) zeigt, dass eine wirksame Verteilung der Verantwortung nur durch gemeinsame Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft erreicht werden kann, etwa durch finanzielle und technische Unterstützung der aufnehmenden Länder sowie durch den Aufbau nachhaltiger Umsiedlungsmechanismen für Flüchtlinge. Dies unterstreicht die Bedeutung eines ganzheitlichen Ansatzes bei humanitären und Bauprojekten, der darauf abzielt, die Rechte und Interessen von Flüchtlingen zu schützen.

Auf der Grundlage dieser Analyse lassen sich folgende Schlussfolgerungen ziehen: Das internationale Bauvertragsrecht spielt eine bedeutende Rolle beim Schutz von Kriegsopfern, insbesondere bei der Bereitstellung temporärer und dauerhafter Wohnmöglichkeiten für Flüchtlinge und Binnenvertriebene. Die Untersuchung internationaler und nationaler Rechtsnormen, einschließlich der FIDIC-Standards, verdeutlicht, wie diese Vorschriften die Durchführung von Bauprojekten in Krisen- und Nachkriegsgebieten beeinflussen. Dabei wurde festgestellt, dass die Integration internationaler Verpflichtungen in nationale Vorschriften mit verschiedenen Herausforderungen verbunden ist, die eine sorgfältige Herangehensweise erfordern.

Ziel der Untersuchung war es, die Anwendungsmöglichkeiten der Instrumente des ICCL zum Schutz von Konfliktopfern zu ermitteln. Durch die Analyse wurden zentrale rechtliche Mechanismen identifiziert, die eine wirksame Durchführung von Bauprojekten in Krisenzeiten fördern können, ebenso wie Fragen der Anpassung vertraglicher Verpflichtungen in Notfallsituationen untersucht.

Die Ergebnisse unterstreichen die Bedeutung, internationale Rechtsmechanismen zum Schutz von Kriegsopfern durch eine breitere Nutzung des ICCL weiterzuentwickeln. Besonderes Augenmerk sollte auf die Koordinierung der Bemühungen zwischen Staaten, internationalen Organisationen und anderen Akteuren gelegt werden, um umfassende rechtliche Lösungen zu erarbeiten. Die Weiterentwicklung und Anpassung internationaler Standards für Bauverträge in Krisenbedingungen kann dazu beitragen, den Rechtsschutz der Betroffenen zu stärken und die Wiederherstellung zerstörter Infrastruktur effizienter zu gestalten.

### **Hinweis zur Veröffentlichung der wichtigsten Forschungsergebnisse**

Wissenschaftliche Fachrichtung: 5.1.5. Internationale Rechtswissenschaften.

Internationales humanitäres Recht. Probleme der Qualifizierung moderner bewaffneter Konflikte. Schutz der Kriegsopfer. Beschränkung der Methoden u Mittel der Kriegsführung.

Die wichtigsten Forschungsergebnisse wurden im folgenden begutachteten Aufsatz veröffentlicht: Belkin, D. S. Protection of war victims through the lens of international construction contract law: issues and solutions // Advances in Law Studies. 2024. no. 4. pp. 16–20. DOI: <https://doi.org/10.29039/2409-5087-2024-12-4-16-20> EDN: IZEKMW

Article URL: <https://riorpublisher.com/en/nauka/article/91953/view>

## **Literaturverzeichnis**

1. Avakyan, S. A. (2022). Internationales humanitäres Recht. Jurist.

2. Caballero-Anthony, M. (2018). Aushandlung von Governance zur nichttraditionellen Sicherheit in Südostasien und darüber hinaus. Columbia University Press.
3. Cantor, D., Lison, V., & Menz, G. (2022). Externalisierung, Zugang zum territorialen Asyl und Völkerrecht. International Journal of Refugee Law, 34(1), 120–156.
4. Clark, M. D. (2018). Humanitäre Multispur-Diplomatie: Konzeptualisierung der bestimmenden, besonderen und kritischen Rolle diplomatischer Funktion in humanitärem Handeln.
5. Dowd, R., & McAdam, J. (2017). Internationale Zusammenarbeit und Lastenteilung zum Schutz von Flüchtlingen: Was, warum und wie? International and Comparative Law Quarterly, 66(4), 863–892.
6. Glaser, M. A., & Novik, N. N. (2020). Humanitäre Sicherheit in Südostasien: Spezifika, Probleme, Ansätze. Yugo-Vostochnaya Aziya: Aktual'nye problemy razvitiya, 2(47), 12–26.
7. Goodwin-Gill, G., McAdam, J., & Dunlop, E. (2021). Der Flüchtling im Völkerrecht. Oxford University Press.
8. Gromoglasova, E. S. (2018). Humanitäre Diplomatie in den modernen internationalen Beziehungen: Systematische Studie.
9. Guliyev, G. A. (2022). Subjekte des humanitären Völkerrechts: Aktuelle Tendenzen. Juridicheskii Mir, (2), 63–70.
10. Klee, L. (2018). Internationales Bauvertragsrecht. John Wiley & Sons.
11. Kovba, D. M. (2020). Die humanitäre Dimension der Diplomatie: Kategorisierung und Analyse. Vestnik KRSU, 20(11), 169–174.
12. Kuzmin, A. V. (2022a). Subjekte des humanitären Völkerrechts. Yuniti-Dana.

13. Kuzmin, A. V. (2022b). Neue Subjekte des humanitären Völkerrechts: Probleme und Perspektiven. *Vestnik Rossiiskogo Universiteta Druzhby Narodov. Seriya: Yuridicheskie Nauki*, 1, 124–133.
14. Lazutin, L. A. (2022). Probleme der zeitlichen Geltung bestimmter Regime des humanitären Völkerrechts. *Russian Juridical Journal*, 144(3).
15. Pinker, S. (2021). Die besseren Engel unserer Natur: Warum die Gewalt abgenommen hat. Viking.

© 2025 Internationales Baurecht